
Vorschläge für mehr Postkontrollen als Folge der KSZE-Beschlüsse

Nach dem Abschluss der KSZE-Konferenz intensivierte das MfS die Kontrolle des Postverkehrs in den Westen – obwohl eigentlich in der Schlussakte von Helsinki die Erleichterung und Förderung des Informationsaustausches, beispielsweise zwischen der DDR und der Bundesrepublik vereinbart worden war.

Im August 1975 unterzeichnete die DDR die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Auf dem Papier verpflichtete sie sich damit zur Wahrung der Menschenrechte im Land. Nach der Unterschrift unter das Vertragswerk beauftragte jedoch die SED ihre Geheimpolizei, unerwünschte Nebenwirkungen, wie das Beharren der Menschen auf Ausreise oder zunehmende Westkontakte, zu bekämpfen – den Bürgern der DDR also weiterhin ihre Menschenrechte vorzuenthalten.

Im Verständnis des MfS versuchten nach dem Abschluss der Akte von Helsinki verstärkt "Entspannungsgegner die Absichtserklärungen von Helsinki zu stören, auszuhöhlen und zu unterlaufen". Besonders im Bereich des "Kleingutverkehrs" sah das MfS die Gefahr, dass DDR-Bürger in Kontakt mit Menschen aus der Bundesrepublik treten und durch diese "negativ beeinflusst", "materiell korrumpiert" oder sogar zum Verlassen der DDR "angestiftet" werden könnten. Unter "Kleingutverkehr" fielen zum Beispiel die "Westpakete", in denen Menschen aus der Bundesrepublik westliche Waren als Geschenk an ihre Verwandten in der DDR schickten. Das MfS versuchte mit verstärkter Überwachung der Post, den Informationsaustausch zwischen den Bürgern beider Staaten zu kontrollieren.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 30375, Bl. 1-6

Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- Datum: 9.9.1975
und Informationsgruppe, Abteilung
Postzollfahndung

Vorschläge für mehr Postkontrollen als Folge der KSZE-Beschlüsse

Abteilung Postzollfahndung
Leiter

Berlin, den 09.09.1975
Teb.-Nr.: PZF/3/ /75
Ta/Kk Tel.: 2354 BSTU
0001

000148

Politisch-operative Erfordernisse und Schlußfolgerungen aus den Erklärungen und Festlegungen in den Dokumenten der KSZE

Wie die Entspannungsgegner den Abschluß der KSZE bisher zu hinter-
treiben versuchten, werden sie auch in Zukunft nichts unversucht
lassen, die Realisierung der in den Dokumenten von Helsinki ent-
haltenen Absichtserklärungen zu stören, auszuhöhlen, zu unter-
laufen und die sich für sie schon jetzt und aus den zu erwarten-
den weiterführenden Verhandlungen ergebenden neuen Möglichkeiten
zur Feindsätigkeit gegen die DDR zu nutzen. Daraus wird allgemein
die operativ-technische Schlußfolgerung abgeleitet, daß sich die
in den letzten Jahren festgestellte Tendenz der zunehmenden Aus-
nutzung des grenzüberschreitenden Kleingutverkehrs aus der BRD,
WB und anderer kap. Staaten durch feindliche Kräfte sich noch
weiter verstärkt. Ausgehend von der operativen Erkenntnis, daß
der postalische Kleingutverkehr in der Vergangenheit vielfältig
vom Gegner ausgenutzt wurde, werden verstärkte Angriffe in folgen-
der Richtung erwartet:

1. Ausbau der feindlichen Kontakte durch Bürger der BRD, WB und
anderer nichtsoz. Länder, Konzerne, Verlage, gesellschaftliche
Institutionen, Einrichtungen und andere Stellen sowie durch An-
gehörige ausländischer Botschaften und anderen bevorrechteter
Personen zu Wissenschaftlern, Kulturschaffenden, leitenden
Kadern der volkseigenen Industrie und anderen Experten in den
verschiedensten ökonomischen und staatlichen sowie gesell-
schaftlich-politischen Bereichen in der DDR

mittels

- Versand von Fachliteratur, Werbematerialien, Lieferangebote,

/2

Vorschläge für mehr Postkontrollen als Folge der KSZE-Beschlüsse

- 2 -

BSTU
0002

- Angebote zur Zuarbeit, Zusammenarbeit, Veröffentlichung von Ausarbeitungen durch BRD-Verlage und zu Interviews,
- Material- und Gedankenaustausch über wissenschaftl. Probleme,
- Einladungen zu Tagungen, Kongressen, Besuchen und Treffen,
- Versand von Geschenkpaketen und

Nutzung dieser Kontakte zur Aufklärung, pol.-ideolog. Beeinflussung, materiellen Korruption, Abschöpfung und Abwerbung der DDR-Bürger, ihrer Einbeziehung ins Feindsystem und damit der Schaffung von feindlichen Stützpunkten in der DDR zur Realisierung feindlicher Konzeptionen.

2. Herstellung von Rückverbindungen, Jugendverbindungen, Liebesbeziehungen und anderen Verbindungen zwischen Verwandten und Bekannten, feindliche Ausnutzung dieser Beziehungen insbesondere zur politisch-ideologischen Beeinflussung, Verherrlichung der Verhältnisse in der BRD und materieller Korruptionen mit dem Ziel
 - der Anstiftung zum ungesetzlichen Verlassen der DDR, Organisation des staatsfeindlichen Menschenhandels, Stellen von Forderungen zur Erlangung von Ausreisegenehmigungen, Familienzusammenführungen bzw. zur Übersiedlung durch Eheschließungen mit Ausländern,
 - der Aufforderung zu Demonstrativhandlungen, staatsfeindlicher Hetze, Provokationen und anderer Gewaltakte,um Unruhe und Unsicherheit unter der Bevölkerung der DDR zu verbreiten, die DDR unter Ausnutzung der nichtsozialistischen Vertretungen, akkr. Journalisten oder internationaler Organe zu diffamieren, Druck auf staatliche Organe der DDR auszuüben und die Souveränitätsrechte der DDR einzuschränken.
3. Einschleusung von Materialien der pol.-ideolog. Diversion durch Einzelpersonen, Parteien, Organisationen, Landsmannschaften, linksopp. Splittergruppen, Kirchen, Verlage, Massenmedien u. a. Zentren der pol.-ideolog. Diversion in der BRD an die in den zuvor aufgeführten Punkten genannten Zielgruppen, um Kontaktbereitschaft zu fördern und begünstigende Bedingungen für die Verwirklichung feindl. Pläne und Absichten zu schaffen.

/3

Vorschläge für mehr Postkontrollen als Folge der KSZE-Beschlüsse

- 3 -

BSTU
0003

Diese politische Entwicklung schließt ein, daß der nicht-grenzüberschreitende Postverkehr innerhalb der DDR immer mehr an pol.-operativer Bedeutung gewinnt, da

- der grenzüberschreitende Postverkehr mit der BRD/WB und dem nichtsoz. Ausland einer operativen Kontrolle unterliegt,
- die Kontrolle der in der DDR aufgegebenen Pakete, Päckchen und Grobsendungen bisher nur auf einen Teil der Grobsendungen gewährleistet werden kann,
- der Strom der in die DDR einreisenden und sich vorübergehend aufhaltenden Ausländer, die Postsendungen an Bürger der DDR bei uns aufgeben und damit die Kontrolle im grenzüberschreitenden Postverkehr umgehen, weiter ansteigen wird und
- mit zunehmenden Aktivitäten von Auslandsvertretungen, bevorrechteter Personen und wirtschaftl. Vertretungen ausländ. Konzerne in der DDR und ihre Ausnutzung von Bürgern der DDR gegen die Interessen der DDR gerechnet wird.

Daraus ergibt sich für die Linie PZF das operative Erfordernis, daß einerseits die op.-techn. Kontrolle des grenzüberschreitenden Kleingutverkehr aus der BRD/WB und dem nichtsoz. Ausland in ihrer Wirksamkeit ständig weiter qualifiziert wird, und andererseits die Kontrolltätigkeit im nichtgrenzüberschr. Kleingutverkehr durch weitere op.-techn. Maßnahmen und weitere Zuführung von Kadern vervollständigt wird, damit das Informationsaufkommen für op. DE sowie für das Erkennen der pol.-operativen Lage sowohl im grenzüberschreitenden als auch im nichtgrenzüberschreitenden Kleingutverkehr immer besser gewährleistet wird.

Daraus ergibt sich die Lösung folgender op.-techn. Schwerpunktaufgaben der Linie PZF:

1. Die Kräfte und Mittel der PZF sind entsprechend der Einschätzung auf die nachfolgend aufgeführten Hauptaufgaben zu konzentrieren, insbes. stärker auf Geheimnistäger und andere im Zuge der

/4

Vorschläge für mehr Postkontrollen als Folge der KSZE-Beschlüsse

- 4 -

BSTU
0004

Verwirklichung der Erklärungen und Festlegungen in den Dokumenten von Helsinki besonders gefährdeten Personen in Schwerpunktobjekten und -bereichen der DDR. Durch Zuarbeit der op. DE sind derartige Personenkreise, die im Rahmen der Aufgabenstellung "Wer ist Wer" künftig schwerpunktmäßig bearbeitet werden sollen, vorbeugend bei der PZF zu speichern. Es sind Mittel und Methoden zu entwickeln, daß diese gespeicherten Personen durch die op.-techn. Fahndungsarbeit bei Anfall von Postsendungen erkannt werden.

Die Kontrollfeststellungen sind den op. DE in personenbezogenen zusammenfassenden Einschätzungen mitzuteilen.

2. Die in der Vergangenheit im Zuge der Feindbekämpfung bekanntgewordenen Anschriften von feindlich tätigen Einzelpersonen, Institutionen, Einrichtungen und anderen Stellen der BRD, WB und andere nichtsoz. Staaten, die vom Gegner in den Kampf gegen die DDR einbezogen waren und bei denen die generelle Möglichkeit besteht, daß sie von imp. Geheimdiensten oder anderen Feindorganisationen künftig wieder ausgenutzt werden können, sind in Zusammenarbeit mit der Linie IX durch Auswertung abgeschlossener Untersuchungsvorgänge vorbeugend in die VSH-Kartei der PZF aufzunehmen und entsprechend den Möglichkeiten in die gezielte Fahndung einzubeziehen.
3. Die direkten Verbindungen zu den AIG's aller wichtigen op. DE sind aufbauend auf den guten Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Verbindungsoffizieren der HA XVIII und XX auszubauen. Entscheidend dafür sind die umfangreichen und sich verstärkenden Bemühungen des Gegners, einflußreiche Persönlichkeiten in gesellschaftlichen Bereichen der DDR zu kontaktieren und in die durch sie repräsentierten Betriebe, Einrichtungen u. Institutionen der DDR mit feindlicher Zielstellung einzudringen.

Diese Aufgabe dient daher vor allem der Gewährleistung der op. Einschätzung der angefallenen Druckerzeugnisse, Angebote, Einladungen u. Ausarbeitungen, der schnellen Entscheidungsfindung, der Vermeidung von Laufzeitverzögerungen bei bedeutsamen

/5

Vorschläge für mehr Postkontrollen als Folge der KSZE-Beschlüsse

- 5 -

BSTU
0005

Sendungen, die die Empfänger erreichen müssen und besonders der Gewährleistung des Geheimnisschutzes bei Ausgangssendungen aus der DDR, die im Rahmen des wiss. Material- u. Gedankenaustausches anfallen.

4. Als Entscheidungsgrundlage für den Empfang allgemein einfuhrverbotener Fachliteratur an Privatpersonen der DDR gewinnt die Sondergenehmigungskartei des Ministeriums für Kultur größere Bedeutung. Der Umfang der Anträge auf Erteilung einer Sondergenehmigung wird sich voraussichtlich erhöhen und muß daher in ihrer Aussagekraft hinsichtlich der Grenzen von Thematik, Inhalt und Umfang exakt präzisiert werden. Vom Gegner wird ohnehin versucht werden, daß Prinzip der Anwendung von Sondergenehmigungen zu umgehen.

Es wird vorgeschlagen, den Empfang erwähnter Literatur durch Privatpersonen über Privatanschrift oder institutionelle Anschrift aus operativen Überlegungen auch in Zukunft über Sondergenehmigungen zu regeln.

Bei Betrieben, Institutionen und anderen Einrichtungen der DDR kann eine abweichende Verfahrensweise festgelegt werden, wenn in diesen Einrichtungen zentrale Literaturdokumentationen vorhanden und unter operativer Kontrolle sind.

Die Notwendigkeit der Beibehaltung der Genehmigungspflicht bei Fachliteratur an Privatpersonen ergibt sich vor allem aus der Gestaltung der Fachliteratur selbst. Neben dem eigentlichen speziellen Fachteil werden zunehmend andere thematische Beiträge eingearbeitet wie: Werbematerial, Stellenangebote, Kaufangebote, Rückantwortkarten, Testbögen für Befragungen, anti-sozialistische Artikel u. a. Diese Beilagen fördern unerwünschte Kontakte und Entschlußfassungen zum ungesetzlichen Verlassen der DDR.

mbo

/6

Vorschläge für mehr Postkontrollen als Folge der KSZE-Beschlüsse

- 6 -

BSTU
0006

5. Es wird weiter vorgeschlagen, die Literaturkommissionen, die sich an den Postzollämtern der Zollverwaltung der DDR befinden, weiter auszubauen und so zu strukturieren, daß Fachgruppen entstehen, die in kürzeren Zeitabständen zusammentreten und schneller Entscheidungen treffen können. Besonderer Wert ist darauf zu legen, daß auch Wissenschaftler verschiedener Spezialgebiete einbezogen werden in die Kommissionsarbeit zur Beurteilung der Literatur, um auch die Interessen des Geheimhaltungsschutzes bei der Ausfuhr von wissenschaftl. Literatur und Ausarbeitungen kontinuierlicher wahrnehmen zu können.
6. Der Versand unerwünschter Ausarbeitungen durch Schriftsteller und Wissenschaftler an Verlage der BRD und anderer nichtsoz. Länder zum Zwecke des Drucks und der Herausgabe kann mittels der 20. Durchführungsbestimmung zum Zollgesetz nicht verhindert werden. Wir schlagen vor zu prüfen, durch welche in Kraft zu setzende neue Bestimmungen derartige Handlungen mit gesetzlichen Mitteln unterbunden bzw. gesteuert werden können. Die damit verbundenen operativen Probleme bestehen im wesentlichen darin, daß die Ausarbeitungen zum Teil eine antisoz. Tendenz aufweisen, zu den BRD-Verlagen über Verträge feste Beziehungen entstehen, die als materielle Basis Entschlußfassungen zum ungesetzlichen Grenzübertritt und anderes mehr fördern.
7. Es ist eine den Sicherheitsinteressen dienende Arbeitsteilung mit den Postzollämtern der Zollverwaltung der DDR und den Dienststellen PZF mit dem Ziel
- einer noch umfassenderen Zuarbeit durch den Zoll herbeizuführen,
 - aufwendige Doppelkontrollen zu vermeiden und durch rationellsten Einsatz der Kräfte und Mittel der Postzollfahndung und der Postzollämter der Zollverwaltung Kräfte der Postzollfahndung für die Aufbereitung der steigenden Kontrollfeststellungen freizusetzen,

77